

03.02.2015

Niederschrift 002/2014

Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität

am 01.12.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Günter Bremerich

Kreistagmitglieder SPD

Herr Jens Hebebrand

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Vertretung für Herrn Carsten Jaksch-Nink

Vertretung für Herrn Udo Holz - anwesend bis
17.40 Uhr

anwesend bis 17.40 Uhr

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Rüdiger Haag

Kreistagmitglieder CDU

Herr Wilfried Feldmann

Herr Stefan Janyga

Herr Martin Niessner

Frau Gabriele Richter

Vertretung für Herrn Dieter Kleinwächter

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Volker Abdinghoff

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Stephanie Schmidt

Frau Anke Schneider

Vertretung für Herrn Jochen Nadolski-Voigt

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Werner Sell

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Reinhard Schulz

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Andreas Wette

Verwaltung

Frau Sabine Leiße, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität

Herr Hans Zake, Stabsstelle Planung und Mobilität
Frau Gabi Olbrich-Steiner, Stabsstelle Planung und Mobilität
Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Hinweise auf eine nicht fristgerechte Zustellung der am 20.11.2014 versandten Einladung ergeben sich nicht. Herr Bremerich stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 185/14 | FahrradBus Kreis Unna;
Analyse (2009-2014) und Konzeption ab 2015;
Bericht: Gutachter Herrn Hupertz (Agentur "tabascom") |
| Punkt 3 | 153/14 | Kreis Unna inklusiv – auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung,
Handlungsprogramm 2013 - 2015 - Sachstandsbericht |
| Punkt 4 | 186/14 | Produkthaushalt 2015 - Haushaltsansätze der Produktgruppe 11 "Planungskoordination" |
| Punkt 5 | 189/14 | Verbindliche Bedarfsplanung für stationäre Pflegeeinrichtungen im Kreis Unna einführen; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.11.2014 |
| Punkt 6 | 187/14 | Vertrag über die Organisation und den Aufwendungsersatz für den Ortslinienverkehr in Schwerte zwischen dem Kreis Unna, der Stadt Schwerte und der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) |
| Punkt 7 | | Kreissenientag am 01.10.2014 und neu konstituierte Kreissenientenkonferenz;
mündlicher Bericht |
| Punkt 8 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 9 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 185/14 FahrradBus Kreis Unna; Analyse (2009-2014) und Konzeption ab 2015; Bericht: Gutachter Herr Hupertz (Agentur "tabascom")

Erörterung

Herr Bremerich begrüßt die Referenten zu diesem Tagesordnungspunkt, Herrn Hupertz von der Agentur "tabascom" sowie Herrn Patzkowsky von der Agentur „Hansetourist“.

Herr Hupertz stellt sodann anhand einer Power-Point-Präsentation eingehend die Analyse der Ursachen für den Rückgang der Nutzerzahlen des FahrradBusses vor (Folien 1 bis 14). Da das Angebot selbst nicht ausreiche, um aus dem vorhandenen Bedarf eine dauerhafte Nachfrage zu entwickeln, empfehle er eine strategische Neuausrichtung des Freizeitverkehrsangebots „FahrradBus“ als bedarfsorientiertes Angebot. Er stellt sodann ein Konzept für eine solche Neuausrichtung und eine entsprechende Marketingstrategie vor (Folien 15 ff.). Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Niessner unterstreicht, die CDU-Fraktion sehe sich durch das Gutachten in ihrer Forderung, den FahrradBus in seiner jetzigen Konzeption einzustellen, bestätigt. Seine Fraktion werde in den Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages beantragen, den FahrradBus einzustellen und das vorhandene Equipment den privaten Organisationen wie dem ADFC oder der Hansetourist zur Verfügung zu stellen, die entsprechende Tourenangebote in eigener Regie planen wollten, allerdings ohne die im Beschlussvorschlag vorgesehenen Haushaltsmittel von 15.000 Euro.

Herr Hebebrand führt aus, die SPD-Fraktion trage den Vorschlag, den FahrradBus in seiner jetzigen Form einzustellen, mit. Die Ideen des Gutachters für ein zukünftiges Rad-Bus-Konzept für den Kreis sehe er positiv, jedoch fehle aus Sicht seiner Fraktion ein konkretes Konzept, das man entsprechend umsetzen könne. Für die Entwicklung eines solchen Konzeptes, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem ADFC oder der Hansetourist, benötige man aus Sicht seiner Fraktion nicht 15.000 Euro. Seine Fraktion werde daher die Ziffer 1 des Beschlussvorschlags mittragen, die Ziffern 2 und 3 aber ablehnen.

Für die Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag werde seine Fraktion angemessene Mittel für die Erarbeitung eines zukunftsfähigen Konzeptes ab 2016 beantragen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert Frau Schneider, dass das FahrradBus-Angebot zu häufig verändert worden sei. Der Verlust an Akzeptanz bei den Nutzern sei die logische Folge. Da der Bedarf derzeit nicht gegeben sei, werde ihre Fraktion der Einstellung des bestehenden Angebots zustimmen. Positiv an der vorgetragenen Konzeption werte sie das Ziel, die Mitnahme von Fahrrädern im Alltagsverkehr zu vereinfachen. Jedoch sei der Weg dorthin noch nicht klar beschrieben worden. Bezüglich des Freizeitverkehrs richte sich die vorgestellte Konzeption vornehmlich an Gruppen und sei nicht für Einzelpersonen geeignet. Sie bezweifle, dass das der richtige Weg sei. Klar sei, dass ein neues Konzept benötigt werde. Jedoch habe sie der Vortrag des Gutachters nicht überzeugt.

Herr Sell erinnert daran, dass die Linksfraktion bereits im vergangenen Jahr gegen die Weiterführung des FahrradBusses gestimmt habe. Seine Fraktion werde Ziffer 1 des Beschlussvorschlages zustimmen, die Ziffern 2 und 3 jedoch ablehnen.

Auf Antrag von Herr Niessner erklären sich die Ausschussmitglieder einvernehmlich mit einer getrennten Abstimmung der Unterpunkte des Beschlussvorschlages einverstanden.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt,

1. den FahrradBus in der bisherigen Konzeption einzustellen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt,

2. die vorliegende Konzeption weiter zu konkretisieren mit dem Ziel, einzelne Bausteine in 2015 umzusetzen,
3. die Umsetzung der Bausteine aus der Nahverkehrspauschale (derzeitiger Ansatz 15.000 Euro) zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis

einstimmig nicht beschlossen (3 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Gruppe)

Punkt 3 153/14 Kreis Unna inklusiv – auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2013 - 2015 - Sachstandsbericht

Erörterung

Frau Olbrich-Steiner referiert ausführlich zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Kreisverwaltung Unna. Insoweit wird auf die Drucksache sowie auf den Bericht „Kreis Unna inklusiv“, einsehbar auf den Internetseiten des Kreises und über SessionNet, verwiesen. Die zur Unterstützung ihrer Ausführungen von Frau Olbrich-Steiner gezeigte Folienpräsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Sie hoffe, so Frau Olbrich-Steiner, auf Zustimmung der politischen Gremien zur weiteren Umsetzung der Konvention, so dass die guten Ergebnisse, die man erreicht habe, weitergeführt werden könnten. Das Handlungsprogramm müsse 2016 fortgeschrieben werden; vorgeschlagen werde ein Zeitrahmen von fünf Jahren. Eine konkrete Aufgabe in diesem Zeitraum werde es sein, in allen Städten und Gemeinden des Kreises Betroffenenvertretungen einzurichten. Hier hoffe sie auf Unterstützung auch der Politik vor Ort.

Frau Richter fragt nach, ob auch die besonderen Anforderungen für rollstuhlgerechte Wohnungen, die eine größere Grundfläche als barrierefreie Wohnungen voraussetzten, bei Neubauten berücksichtigt würden.

Frau Olbrich-Steiner führt dazu aus, sie versuche, mit entsprechenden Informationen über Finanzmittel der Wohnungsbauförderung die Wohnungsgesellschaften und Investoren für die Schaffung von mehr barrierefreiem Wohnraum zu gewinnen. Zudem erstelle der Fachbereich Bauen derzeit eine Checkliste mit

den verschiedenen Kriterien nicht nur für Barrierefreiheit, sondern für baulich geschickte Lösungen für Menschen mit Behinderungen.

Frau Leißer ergänzt, durch die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Menschen mit Behinderungen ergäben sich immer wieder Zielkonflikte. Es gebe hier keine pauschale Lösung, sondern man müsse für den jeweiligen Einzelfall den richtigen Weg finden.

Herr Steffen weist darauf hin, dass auch eine vorübergehende Beeinträchtigung, beispielsweise durch eine Operation, dazu führen könne, dass man in seiner Wohnung auf den Rollstuhl angewiesen sei. Man sollte bei etwaigen Bedarfsplanungen für barrierefreien oder rollstuhlgerechten Wohnraum auch diese Fälle im Blick haben.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die kontinuierliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Verwaltung des Kreises Unna wird beschlossen. Nach Ablauf des ersten Geltungsrahmens 2013 – 2015 wird die Fortschreibung des Handlungsprogramms »Kreis Unna inklusiv« für den Zeitrahmen von fünf weiteren Jahren (2016 – 2020) vorgenommen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 186/14 Produkthaushalt 2015 - Haushaltsansätze der Produktgruppe 11 "Planungs- koordination"

Der Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität nimmt den Produkthaushalt 2015 – Haushaltsansätze der Produktgruppe 11 "Planungskoordination" zur Kenntnis.

Punkt 5 189/14 Verbindliche Bedarfsplanung für stationäre Pflegeeinrichtungen im Kreis Unna einführen; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.11.2014

Erörterung

Herr Hebebrand führt aus, es habe in früheren Jahren im Kreis eine Pflegebedarfsplanung gegeben. Deren Abschaffung habe zu einem Wildwuchs an Pflegeeinrichtungen in den Städten und Gemeinden geführt. Das habe aber auch zur Folge, dass der Kreis etwaige nicht gedeckte Kosten der Pflegeheimplätze tragen müsse. Daher befürworteten die Antragsteller die Wiedereinführung einer verbindlichen Pflegebedarfsplanung für den Kreis als Steuerungsinstrument. So könne eine gleichmäßige und bedarfsgerechte Verteilung der Pflegeheimplätze im Kreis sichergestellt werden.

Für die CDU-Fraktion ergänzt Herr Niessner, dass mit der Pflegebedarfsplanung Rechtssicherheit und Planungssicherheit für die Errichtung, aber auch für die Ablehnung von Pflegeeinrichtungen geschaffen werde. Man erwarte dadurch eine positive Kostenentwicklung bei den Sozialkosten.

Herr Wette merkt an, dass derzeit eher eine Unterdeckung an Pflegeplätzen bestehe, nicht zuletzt durch die gesetzlich vorgesehene Umstellung von Zweibettzimmern auf Einbettzimmer. Aus Sicht der FDP-Gruppe sei es daher fraglich, ob die Restriktion notwendig sei. Dadurch würden die notwendige Umstrukturierung auf Einbettzimmer und dafür gegebenenfalls notwendige Neubauten möglicherweise ausgebremst.

Herr Zakel führt dazu aus, man werde in der Bedarfsplanung berücksichtigen, wie sich die Qualität in den Einrichtungen durch mehr Einbettzimmer verändere. Es sei richtig, dass durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft der Bedarf an Pflegeplätzen steige. Daher sollte durch verschiedene Maßnahmen dafür Sorge getragen werden, dass die Zahl der Pflegeheimplätze nicht im gleichen Verhältnis steigen müsse wie die Zahl der älteren Menschen. Innerhalb von zwei Jahren müsse seitens der Verwaltung ein Plan erstellt werden, in dem alle substituierenden Effekte aufgeführt würden.

Es gehe bei der jetzt anstehenden Beschlussfassung konkret darum, das Angebot an Pflegeheimplätzen nach dem jeweiligen lokalen Bedarf zu steuern und ein Überangebot zu verhindern.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der Landrat wird aufgefordert, unverzüglich eine verbindliche Bedarfsplanung für die pflegerische Angebotsstruktur im Kreis Unna auf der Grundlage des § 7 APG NRW in Angriff zu nehmen. Diese Planung wird Grundlage für eine Bedarfsbestätigung und ist dem Kreistag u.a. nach Einbeziehung der kreisangehörigen Kommunen und nach Beratung in der Kreispflegekonferenz unter Wahrung der Frist nach § 22, Absatz 4 APG NRW bis zum 31.03.2015 zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die verbindliche Bedarfsplanung hat Aussagen zum Gesamtbedarf im Kreis Unna zu treffen und Aussagen zum Bedarf in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.
3. In der weiteren Folge wird die finanzielle Förderung von teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen, die innerhalb des Kreises Unna neu entstehen und zusätzliche Plätze schaffen sollen von einer Bedarfstätigkeit abhängig gemacht (§ 11 Abs. 7 APG NRW). Die Wirkung erstreckt sich auf alle zusätzlich entstehenden Plätze in Einrichtungen unabhängig von der Kostenträgerschaft.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung FDP-Gruppe)

Punkt 6 187/14 Vertrag über die Organisation und den Aufwendungsersatz für den Ortslinienverkehr in Schwerte zwischen dem Kreis Unna, der Stadt Schwerte und der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Erörterung

Herr Niessner bittet für die CDU-Fraktion um Angaben zur Höhe der in Anlage 2 unter Punkt 3 „Service / Pünktlichkeitsgarantie“ aufgeführten Kostenerstattung von Taxifahrten.

Frau Leiße sichert zu, dies bei der VKU nachzufragen.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, den als Anlage zur Drucksache 187/14 beigefügten Vertrag über die Organisation und den Aufwendungsersatz für den Ortslinienverkehr in Schwerte zwischen dem Kreis Unna, der Stadt Schwerte und der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) abzuschließen.

